

der produktivsten Mittelverwendung, des Wettbewerbs und des internationalen Handels wirken können und nicht neue Besorgnisse inflationärer Tendenzen ausgelöst werden“.

Dies sind die letzten Sätze des Buches. Falls man, wie Roth, auch künftig auf die Wachstumskarte setzt, dann allerdings ist die marktwirtschaftliche Gestaltung von ihm mustergültig formuliert. Zu Recht stellt Roth fest, es sei schon viel an wirtschafts- und gesellschaftspolitischem Konsens in unserer Gesellschaft verloren worden. Ich möchte hinzufügen: Warum auch immer. Sein Buch zeichnet sich dadurch aus, daß es von dem Willen gekennzeichnet ist, einen Beitrag zur Wiedergewinnung des wirtschaftspolitischen Grundkonsenses zu leisten. Es lohnt sich, dieses Bemühen nachzulesen.

Inhaltlich sind manche Aussagen sicher nicht neuartig, überraschend ist, wer sie hier vertritt. Das wesentlich Neue an Roths Buch steht mehr zwischen den Zeilen. Es ist seine Überzeugung, daß die SPD-Wirtschaftspolitik ihren neuen Startplatz nicht in jener Sackgasse suchen sollte, in die sie Ende der siebziger Jahre hineingeriet. Ob sein Setzen auf die Wachstumskarte fortschrittlich und marktwirtschaftlich ist, bleibt ebenso zu diskutieren wie sein Versuch, in Umrissen den wiedererkannten dritten Produktionsfaktor „Natur“ in ein neues wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept einzubeziehen.

Was das Rothsche Bemühen um Konsens angeht, so hängt dessen Erfolg allerdings heute weit weniger vom Inhalt des Buches ab als vielmehr von der Beobachtung, daß zwischen wirtschaftspolitischem Denken und konkretem politischen Handeln oft (noch) große Lücken klaffen. Übrigens nicht nur in der SPD.

## KONKURSE

### Tief verstrickt

**Allzu brutal haben die ehemaligen Vorstände des Pleite-Unternehmens Beton- und Monierbau ihre Bilanzen manipuliert. Jetzt wurden Geldstrafen verhängt.**

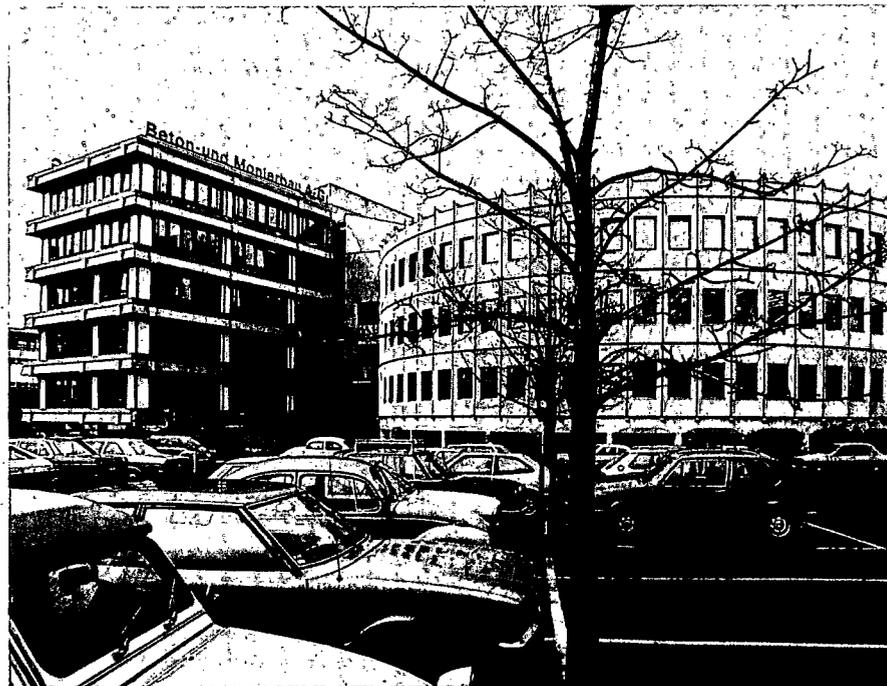
Im Pendelverkehr brachten Lastwagen aus der gesamten Bundesrepublik Berge von Aktenordnern nach Düsseldorf in den Höher Weg 271. Die sichergestellten 55 000 Ordner füllten mehrere Baracken und ein gutes Dutzend Kellerräume.

Über sechs Jahre dauerte es, bis sich fünf Düsseldorfer Staatsanwälte und drei Bilanzexperten durch den Wust der beschlagnahmten Akten gewühlt hatten. Sie stellten 250 Bände Beweismaterial zusammen und vernahmen rund 60 Zeugen. Minutiös haben die Fahnder und ihre Helfer Hintergründe der bislang größten Pleite in der deutschen Bauindu-

strie ausgeleuchtet – den Konkurs der Düsseldorfer Beton- und Monierbau AG (BuM).

Was sie beschreiben, liest sich streckenweise wie ein Handbuch für Bilanzfälschung und Bilanzmanipulation. Über Jahre hinweg ließ der ehemalige BuM-Vorstand kaum einen Buchungsvorgang aus, um den Zustand der Baufirma besser darzustellen, als er in Wirklichkeit war. Banker und Aktionäre, der Staat und die Lieferanten wurden um viele Millionen Mark betrogen.

Zu einer Gerichtsverhandlung gegen die Ex-Vorstände kommt es dennoch nicht. Wegen Überlastung der zuständigen Kammer am Düsseldorfer Amtsgericht hätte der Prozeß nicht vor Ende 1986 beginnen können. Gericht und Staatsanwaltschaft wären damit nahe an die Verjährungsfrist herangerückt.



BuM-Zentrale in Düsseldorf: Schwierige Nachforschungen

Die Angeklagten, fünf ehemalige Vorstandsmitglieder und ein leitender Angestellter, kommen daher mit Strafbefehlen davon. Wegen Betrugs, Kreditbetrugs und wiederholter Verstöße gegen das Aktiengesetz wurden sie vom Düsseldorfer Amtsgericht zu Geldstrafen von insgesamt 730 000 Mark verurteilt.

Das höchste Strafmaß, 315 000 Mark, verhängten die Richter gegen Heinz-Friedrich Hoppe, den einstigen Vorstandschef. Hoppes ehemalige Vorstandskollegen erhielten Geldstrafen zwischen 81 000 und 125 000 Mark.

Bestraft wurden auch Wirtschaftsprüfer der angesehenen Deutschen Treuhand-Gesellschaft (DTG) in Frankfurt. Weil drei DTG-Prüfer 1977 eine geschönte BuM-Bilanz genehmigt hatten, wurden ihnen Geldbußen in Höhe von zusammen 150 000 Mark auferlegt. Sie hätten bei der Genehmigung bewußt die

Unrichtigkeit des Zahlenwerks in Kauf genommen.

Der Fall macht wieder einmal deutlich, wie schwer sich Ermittlungsbehörden mit aufwendigen und komplizierten Wirtschaftsverfahren tun. Bei Konzernen mit einem weitverschachtelten Besitz und umfangreichen Auslandsgeschäften sind Nachforschungen der Fahnder in jedem Fall zeitaufwendig, zuweilen auch erfolglos.

Bei Beton- und Monierbau waren die Nachforschungen besonders kompliziert und langwierig. Um Licht in die Affäre zu bringen, mußten sämtliche Auslandsgeschäfte des in ganz Europa und in Übersee tätigen Baukonzerns überprüft werden.

Die Staatsanwälte sahen sich mit dieser Aufgabe überfordert und übertrugen die Arbeit der Wirtschaftsprüfungsge-

sellschaft Schwäbische Treuhand AG (Schitag) in Stuttgart. Drei Jahre brauchten die Prüfer, ehe sie ihr über 400 Seiten starkes Gutachten abliefern konnten.

Nahezu bei jedem ausländischen BuM-Projekt fanden die Stuttgarter Prüfer Unkorrektheiten. Alle Manöver dienten nur einem Zweck: Der Vorstand in Düsseldorf wollte die Lage der Firma schönen und unter allen Umständen den Konkurs des damals sechstgrößten deutschen Baukonzerns (Bauleistung 1977: rund 1,6 Milliarden Mark, 19 600 Beschäftigte) verhindern. Ob beim Bau einer Zementfabrik und eines Flughafens in Nigeria, ob bei der Errichtung von Sportstätten in Saudi-Arabien oder von Wohnblocks in Algerien – bei keinem der Projekte ging es nach dem Schitag-Gutachten korrekt zu.

Anfang 1977, als in der Düsseldorfer Zentrale von einem Projekt in Prag „ein

Verlust von rund 7,7 Millionen Mark erkennbar“ war, wurde das Minus einfach ignoriert. Die Bosse taten alles, um den Verlust zu verschleiern. Bei korrekter Bilanzierung wäre der Konzern womöglich damals schon konkursreif gewesen.

Manipuliert wurde zum Beispiel bei der Abrechnung des Flughafenbaus im nigerianischen Calabar. Dort gab es, wie die Schitag-Prüfer vermerkten, „eine Problembaustelle besonderer Art“. Die vielen Pannen und Kalkulationsfehler führten zu einem zweistelligen Millionen-Verlust. Konzern-Chef Hoppe wurde damit auf übliche Weise fertig. In einer vertraulichen Aktennotiz wies er seinen Vorstandskollegen Rudolf Hirth an, „daß der über 6,5 Millionen Mark hinausgehende Verlust der Baustelle Airport Calabar zurückzunehmen ist“ (Schitag). Der Verlust wurde daraufhin um 4,8 Millionen Mark runtergeschrieben.

Das reichte noch nicht zur Vorlage einer passablen Bilanz. So griffen die rheinischen Bilanzakrobaten zu weiteren Buchungstricks. An die nigerianische Tochter wurden Baumaschinen verkauft, die auf den dortigen Baustellen im Einsatz waren. Geld dafür bekam die Düsseldorfer Zentrale nie zu sehen. Dafür aber konnten die Manager die Position „Forderungen an konzerneigene Firmen“ um 3,2 Millionen Mark aufbessern.

Zu hoch angesetzte Rechnungen verbesserten ebenfalls die Bilanzposition „Forderungen“, so beispielsweise die BuM-Rechnungen für Sportstätten in Saudi-Arabien an. Die seien um beachtliche 34 Millionen Mark zu hoch ausgeschrieben worden.

Ohne solche Manöver hätte BuM laut Schitag nach Ablauf des Geschäftsjahres 1976 Konkurs anmelden müssen. Der von den Stuttgarter Prüfern ermittelte Bilanzverlust betrug 62,7 Millionen Mark. Er übertraf damit das Geschäftskapital und sämtliche Rücklagen um 13,5 Millionen Mark. Konzernchef Hoppe hatte statt dessen einen kleinen Gewinn in seinem Zahlenwerk.

Bei der Bilanz für 1977 verstrickten sich die BuM-Bosse noch tiefer in das Netz von Manipulationen. Weil die Konzernlage immer brenzlicher wurde, mußte noch kühner verschleiert und gefälscht werden. Die Wirtschaftsprüfer sahen keine Veranlassung, das BuM-Management zu bremsen.

Ein Lehrbeispiel war die Abrechnung für den Bau einer Sprengstoff-Fabrik in Algerien. Die Erträge aus diesem Geschäft, das BuM zusammen mit der hessischen Rüstungsfirma Fritz Werner abwickelte, setzten die Düsseldorfer Kaufleute laut Schitag für die 77er Bilanz um 13,2 Millionen Mark zu hoch an.

Die drei Wirtschaftsprüfer der Deutschen Treuhand-Gesellschaft, die jahrelang für die Kontrolle und Genehmigung der BuM-Bilanzen zuständig waren, hatten ausdrücklich vor Fertigstellung des

Jahresabschlusses eine Korrektur verlangt. Die aber, stellte die Schitag fest, unterblieb. Die Treuhand genehmigte die Bilanz dennoch.

Mit ihren Tricksereien wären die BuM-Manager bei der laschen Bilanzprüfung wohl noch ein Weilchen weiter durchgekommen. Doch da machte plötzlich die Westdeutsche Landesbank nicht mehr mit. Weil sie um ihre Gelder fürchteten, kürzten die BuM-Hausbanker dem Baukonzern kurz vor Jahresresultimo 1977 die Kredite.

Die Geldmanager wußten, was sie taten. Ende Dezember 1977 errechnete das BuM-Ressort „Unternehmensplanung“ für das abgelaufene Wirtschaftsjahr einen Bilanzverlust von 31,7 Millionen Mark.

Die schlechten Zahlen blieben der Öffentlichkeit verborgen. Publiziert wurde eine geschönte Planbilanz mit einem Gewinn von 2,5 Millionen Mark.

Das Zahlenwerk sollte auch die Politiker täuschen. Die Düsseldorfer Landes-



**Ehemaliger BuM-Aufseher Grothgar**  
Schadenersatz für Aktionäre

regierung stimmte denn auch einer Bürgschaft in Höhe von 100 Millionen Mark zu. Im Sommer 1978 schob die Bundesregierung noch eine Bundesbürgschaft in Höhe von 50 Millionen Mark nach.

Weil aber auch dieses Geld zur Rettung nicht reichte, sah sich die WestLB nach neuen Kapitalgebern um. Unter Führung der Düsseldorfer Staatsbank verschaffte ein Bankenkonsortium durch die Ausgabe neuer BuM-Aktien dem Konzern weitere 89 Millionen Mark.

Die meisten BuM-Interessenten hatten ihre Aktien bereits gezeichnet, als dann erst die Westdeutsche Landesbank mit dem amtlichen Börsenprospekt herauskam. Nur verklausuliert deuteten die Bankiers darin die schweren Verlustgeschäfte des Düsseldorfer Baukonzerns



**BuM-Chef Hoppe (1977)**  
Verluste runtergeschrieben

im Ausland an. In die BuM-Affäre war nun auch noch die Westdeutsche Landesbank verstrickt.

Nach dem BuM-Konkurs im April 1979 verklagte die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz im Auftrag der geprellten Aktionäre die WestLB auf Schadenersatz. Die Bank, so lautete der Vorwurf, habe den wahren Zustand des Baukonzerns vor den neuen Geldgebern verschleiert.

Die Bankiers weigerten sich hartnäckig, die Forderungen anzuerkennen. Doch eine Revision der WestLB gegen eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Düsseldorf wurde vom Bundesgerichtshof (BGH) nicht angenommen. Somit haben nun die Käufer von BuM-Aktien Anspruch auf einen Schadenersatz, die ihre Aktien nach dem Erscheinen des Börsenprospekts zeichneten. Die WestLB war schließlich Garant für diese Offerte gewesen.

Die Düsseldorfer Richter müssen nun nach einem Spruch aus Karlsruhe endlich die Kronzeugen der BuM-Affäre vernehmen, darunter das damalige Aufsichtsratsmitglied des Baukonzerns, Vinzenz Grothgar. Das ehemalige Vorstandsmitglied der WestLB war in der Landesbank zuständig für das BuM-Engagement. Geklärt werden soll vor allem, so formulierten die BGH-Richter, ob die WestLB damals überhaupt „an einen Sanierungserfolg geglaubt haben konnte und ob sie mit der Konkursverzögerung eigennützige Ziele verfolgt hat“.

Fragen mit Gewicht; Fragen, die für Bundesdeutschlands drittgrößte Bank überaus peinlich sind. Mit den Strafbefehlen für die BuM-Manager ist die Affäre um den Düsseldorfer Baukonzern noch längst nicht abgeschlossen. ◆